

**WIR TRAUERN UM FERHAT, GÖKHAN, HAMZA, SAID, MERCEDES, SEDAT,
KALOYAN, VILI UND FATIH, DIE AM 19. FEBRUAR BEI EINEM RASSISTISCH
MOTIVIERTEN ATTENTAT IN HANAU ERMORDET WURDEN.**

19.02.2021

***Gemeinsam mit den Hinterbliebenen, Überlebenden, Freund*innen und der Initiative 19.2. Hanau fordern wir Gerechtigkeit, lückenlose Aufklärung, ein würdiges Gedenken und politische Konsequenzen.**

***Die Landesregierung Hessen muss die politische Verantwortung für fehlerhaftes Polizei- und Behördenhandeln übernehmen und einen Rechtsterrorismus-Opferfonds einrichten. Mehr als 15.000 Menschen unterstützen diese Forderung in einer Petition an den hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU) und dessen Stellvertreter Tarek Al-Wazir (Bündnis 90/Die Grünen). (<https://weact.campact.de/petitions/hessen-braucht-jetzt-einen-rechtsterrorismus-opferfonds-ein-jahr-nach-dem-anschlag-in-hanau>)**

***Das zuständige Polizeipräsidium Südosthessen und der Leiter der Landespolizei Hessen müssen die zahllosen Fragen der Hinterbliebenen und Überlebenden zum Polizeieinsatz beantworten – und damit dem Beispiel der Bundesanwaltschaft folgen.**

***Institutioneller Rassismus hat dazu geführt, dass die Überlebenden und Hinterbliebenen des Hanau-Attentats mit Demütigungen und Täter-Opfer-Umkehr konfrontiert waren, wie bereits 14 Jahre zuvor die Familie des NSU-Mordopfers Halit Yozgat in Kassel. Das Innenministerium Hessen muss daher ein überzeugendes Konzept vorlegen, mit dem der institutionelle Rassismus beim Umgang mit Überlebenden und Hinterbliebenen von Rechtsterrorismus und rassistischer Gewalt beendet wird.**

Heute vor genau einem Jahr – am 19. Februar 2020 – wurden in Hanau **Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun und Fatih Saraçoğlu** durch einen rassistisch motivierten Attentäter ermordet, der weitere Menschen verletzte und anschließend seine Mutter und sich selbst tötete. Seit 365 Tagen ist der Schmerz und die Trauer über die Ermordung ihrer Söhne und ihrer Tochter, ihrer Schwester und ihrer Brüder, ihrer Freunde und Freundin für die Hinterbliebenen, die Überlebenden und ihre Freund*innen mit Forderungen an Polizei, Justiz und politisch Verantwortliche verbunden, die endlich gehört und erfüllt werden müssen.

Die im VBRG e.V. zusammengeschlossenen 15 Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt stehen solidarisch an der Seite der Hinterbliebenen und Überlebenden und **unterstützen deren Forderungen nach:**

- Umfassende Aufklärung und Antworten zum Polizeihandeln in der Tatnacht und danach.
- Die Einrichtung eines Rechtsterrorismus-Opferfonds durch die hessische Landesregierung.
- Gerechtigkeit.

- Eine lückenlose Aufklärung des Attentats und der Verantwortung staatlicher Behörden.
- Politische Konsequenzen sowohl in Hessen als auch bundesweit.
- Ein angemessenes Erinnern und Gedenken im öffentlichen Raum.

Gemeinsam mit der [Initiative Hanau 19. Februar](#) und vielen anderen rufen wir zur Teilnahme an den zahlreichen Kundgebungen, Demonstration und digitalen Gedenkaktionen auf und hoffen, dass sich im gesamten Bundesgebiet viele Menschen beteiligen.

Rassistisch, antisemitisch und rechtsextrem motivierte Attentate haben in den vergangenen 24 Monaten dreizehn Todesopfer in Isthra bei Kassel, in Halle (Saale) und Hanau gefordert. Hunderte von Menschen wurden im gleichen Zeitraum bei rassistisch, antisemitisch und politisch rechts motivierten Angriffen verletzt; Dutzende Imbissbetreiber, Bar-, Restaurant- und Ladenbesitzer haben durch antisemitisch, rassistisch und rechtsextrem motivierten Brandanschläge ihre Existenzgrundlage verloren.

Als Verband der bundesweiten spezialisierten und professionellen Opferberatungsstellen erwarten wir, dass die Forderungen der Hinterbliebenen und Überlebenden des Attentats in Hanau, der Familie von Walter Lübcke und von Ahmed I. sowie die Forderungen der Hinterbliebenen und Überlebenden des Attentats von Halle (Saale) von den politisch Verantwortlichen gehört und zu einem Wendepunkt im Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt werden.

Link zur Petition: Hessen braucht JETZT einen Rechtsterrorismus-Opferfond – ein Jahr nach dem Anschlag in Hanau. (<https://weact.campact.de/petitions/hessen-braucht-jetzt-einen-rechtsterrorismus-opferfonds-ein-jahr-nach-dem-anschlag-in-hanau>)

Für Rückfragen:

Heike Kleffner, Geschäftsführerin VBRG e.V, info@verband-brg.de

Robert Kusche, Vorstand VBRG e.V. und Geschäftsführer der RAA Sachsen e.V.,
robert.kusche@raa-sachsen.de